
„Klima-Politik im Saarland und darüber hinaus“

**Impuls zur Abschlussveranstaltung des
Ersten Saarbrücker Klimadialogs**

Uwe Leprich

Saarbrücken, den 26. November 2021



1. Bestandsaufnahme

Saarländischer Masterplan Energie veröffentlicht

Statistische Berichte / E / IV / 4 : Energiebilanz und CO2-Bilanz des Saarlandes ...

Inhalt

- 2016
- 2015
- 2014
- 2013
- 2012
- 2011
- 2010

https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/SLSerie_mods_00000363

Klimaschutz im Saarland, aktueller Stand (2)

Saarländischer Energiebeirat

AG „Ausbau Erneuerbarer Energien und Speicher“

Ergebnispapier, April 2013

Energiebeirat am 06.10.2016

Addendum zum Themenpapier „Ausbau Erneuerbare Energien & Speicher“

Klimaziel für Deutschland



Klimaziel im Saarland



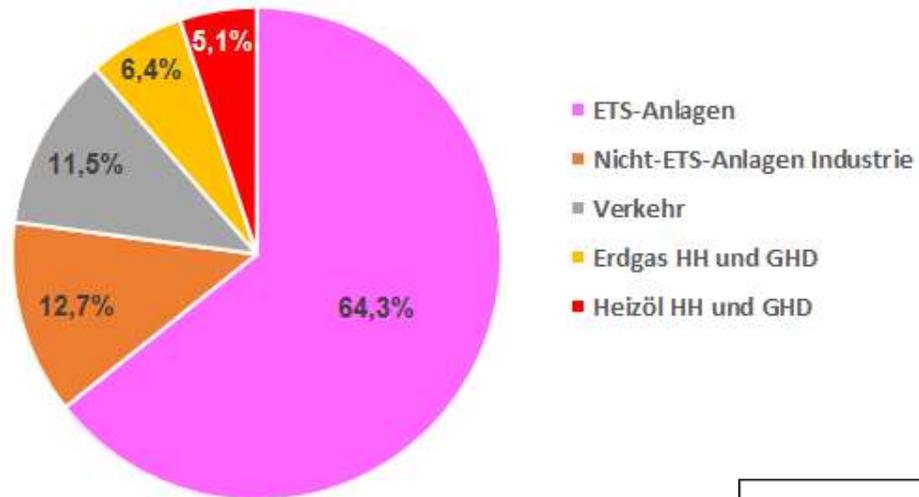
„20/20-Ziel“: Bis zum Jahr 2020 sollen 20 Prozent des saarländischen Stromverbrauchs aus regenerativen Energien erzeugt werden.

<https://www.saarland.de/mwaev/DE/portale/energie/klima/klimaschutz/meilensteine.html>

Leprich, Saarbrücken, 26. November 2021

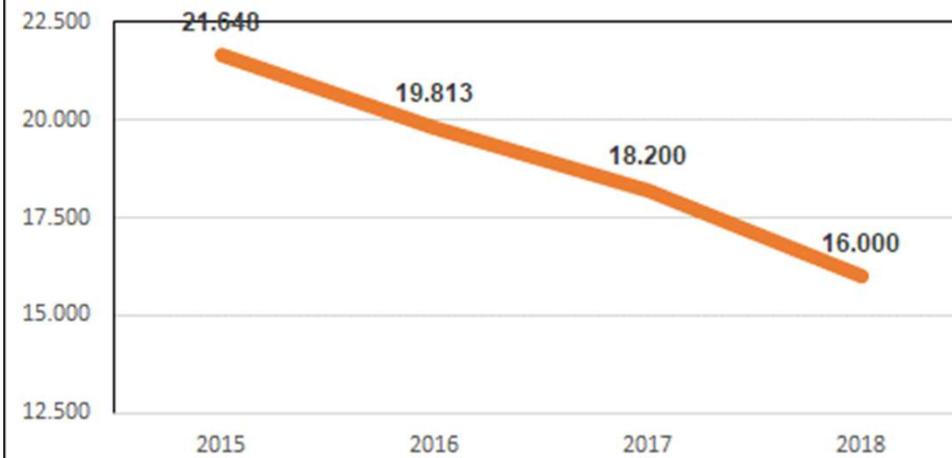
CO₂-Emissionen 2018 im Saarland

Aufteilung der CO₂-Emissionen im Saarland 2018
(16 Mio. t; grob)



HH – private Haushalte
GHD – Gewerbe, Handel,
Dienstleistungen

CO₂-Emissionen im Saarland in Mio. t
(Schätzungen für 2017 und 2018)



Reduktion > 25%

Leprich, Saarbrücken, 26. November 2021

☰ HAUPTMENÜ

ENERGIE UND UMWELT

Energiewende im Saarland: Der erneuerbare Stillstand

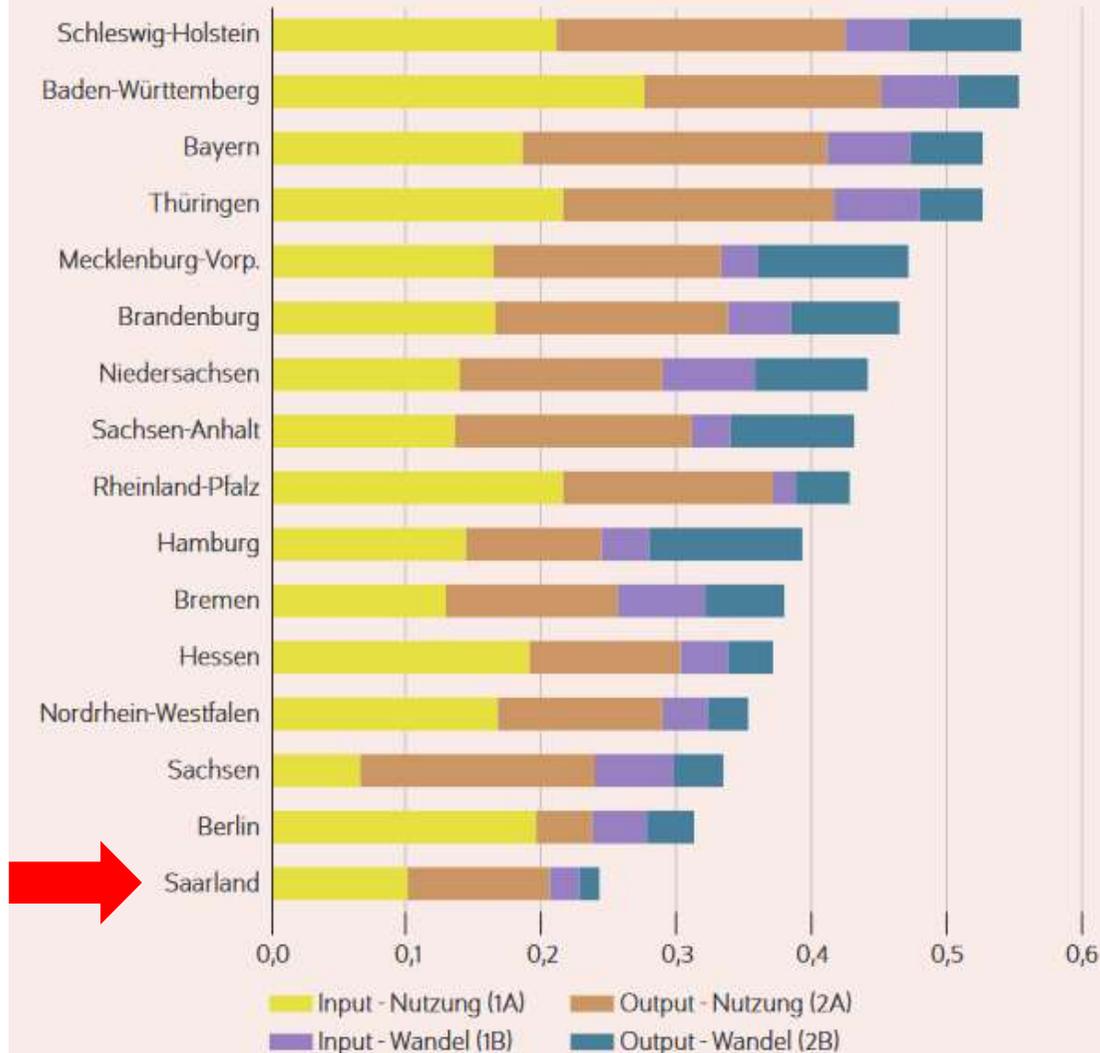
2. Juli 2021 - von Jonas Biehl

Erschlaffte Klimaschutzpolitik im Saarland: Erneuerbare Energien spielen bei der Landesregierung keine große Rolle. In Sachen Energiewende liegt das Saarland seit Jahren abgeschlagen auf dem letzten Platz. Auch im neuesten Bundesländervergleich des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE).

Bundesländer-Vergleichsstudie 2019

Abbildung 3

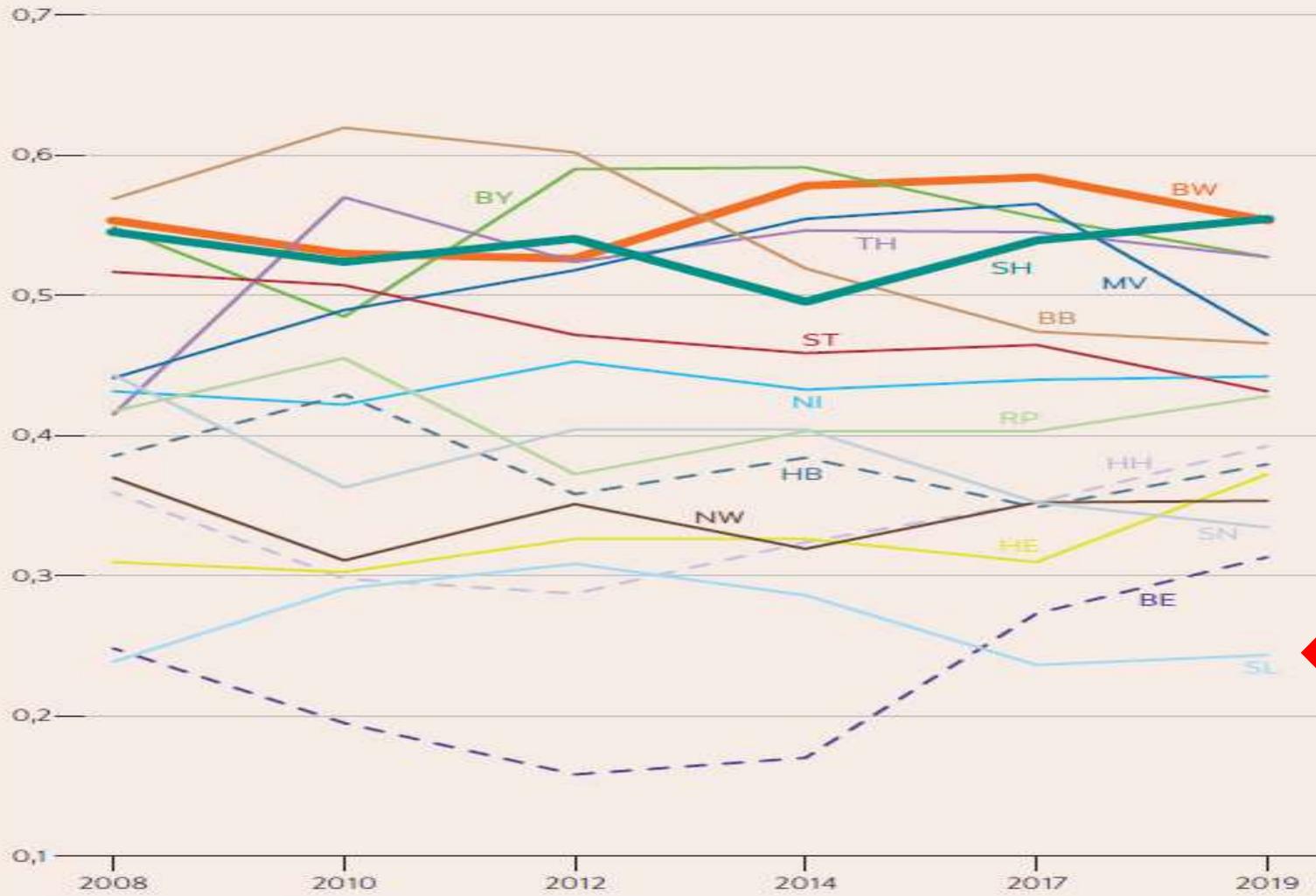
Gesamtbewertung der Bundesländer Punkte zwischen null und eins



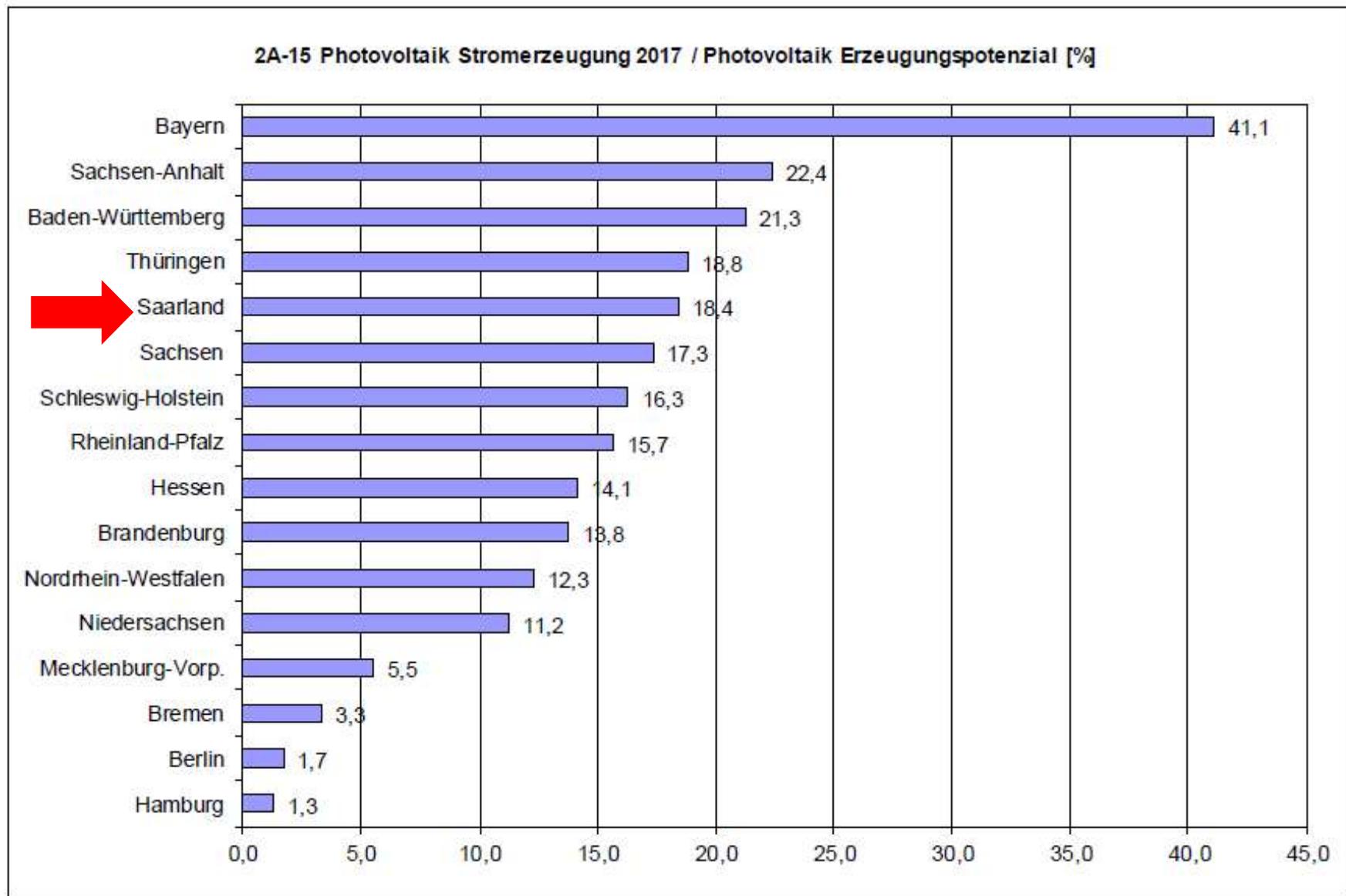
Bundesländer-Vergleichsstudie 2019

Abbildung 7

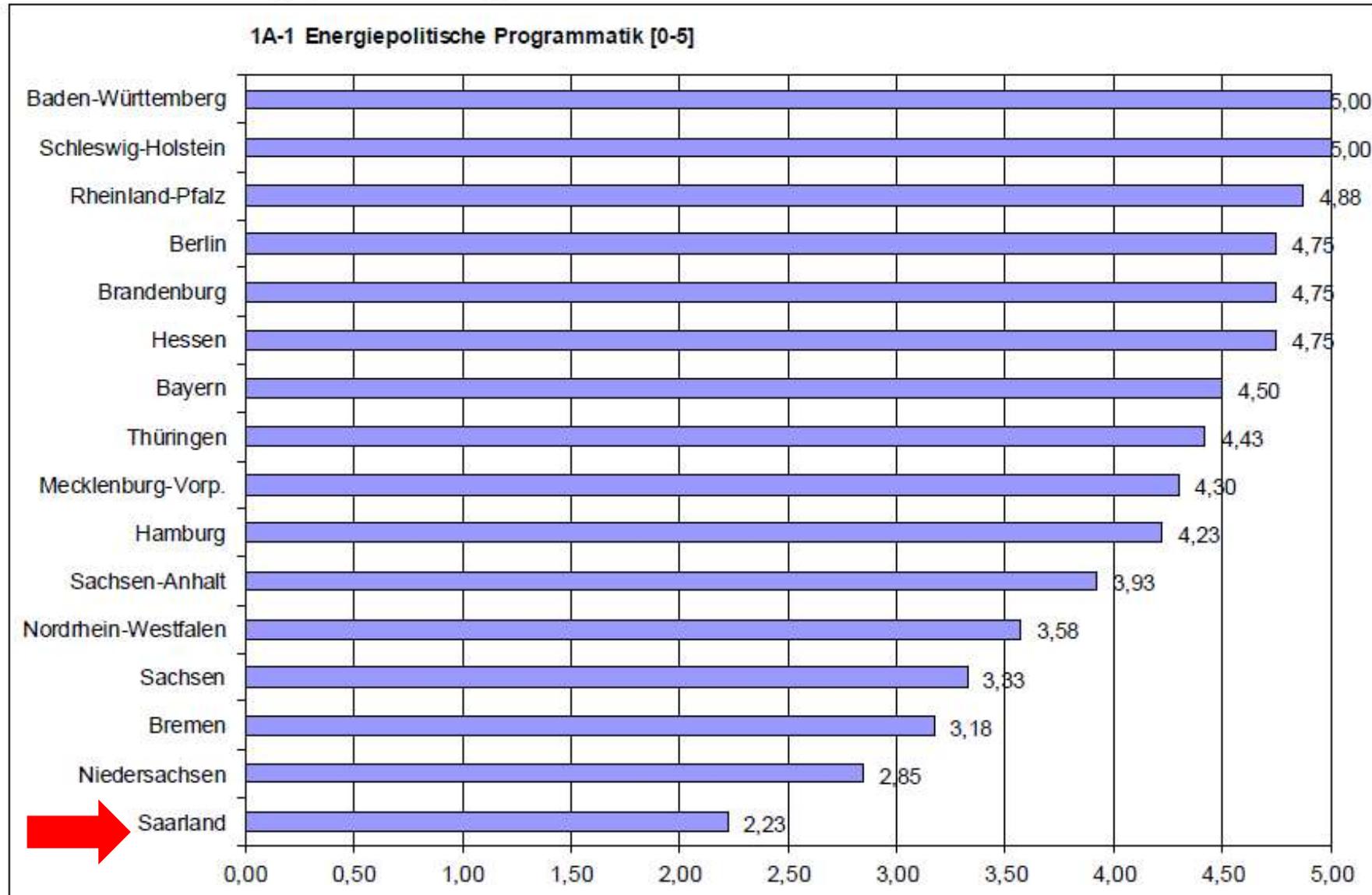
Gesamtbewertung des Bundesländer-Rankings 2008 bis 2019
Punkte zwischen null und eins



Bundesländer-Vergleichsstudie 2019



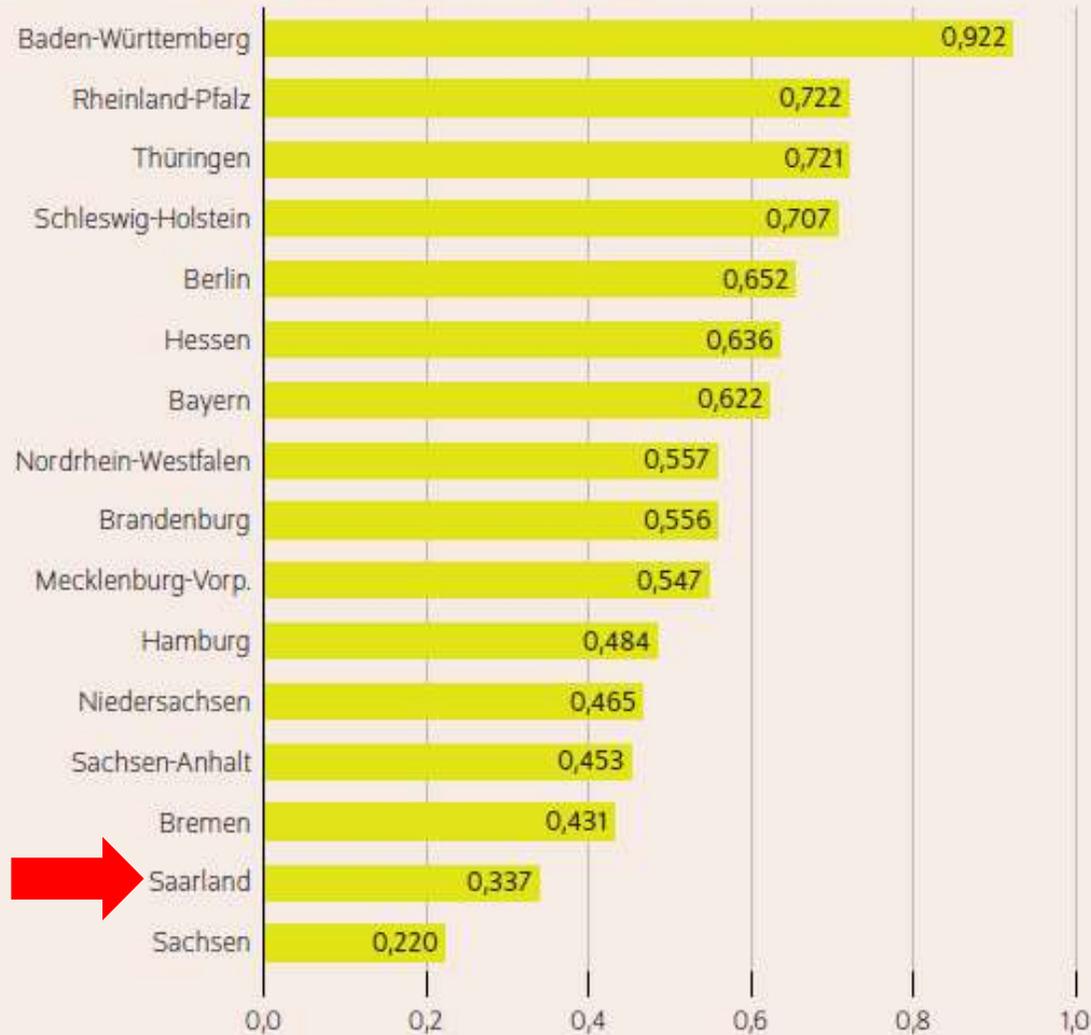
Bundesländer-Vergleichsstudie 2019



Bundesländer-Vergleichsstudie 2019

Bewertung der Bundesländer nach Indikatorengruppen Punkte zwischen null und eins

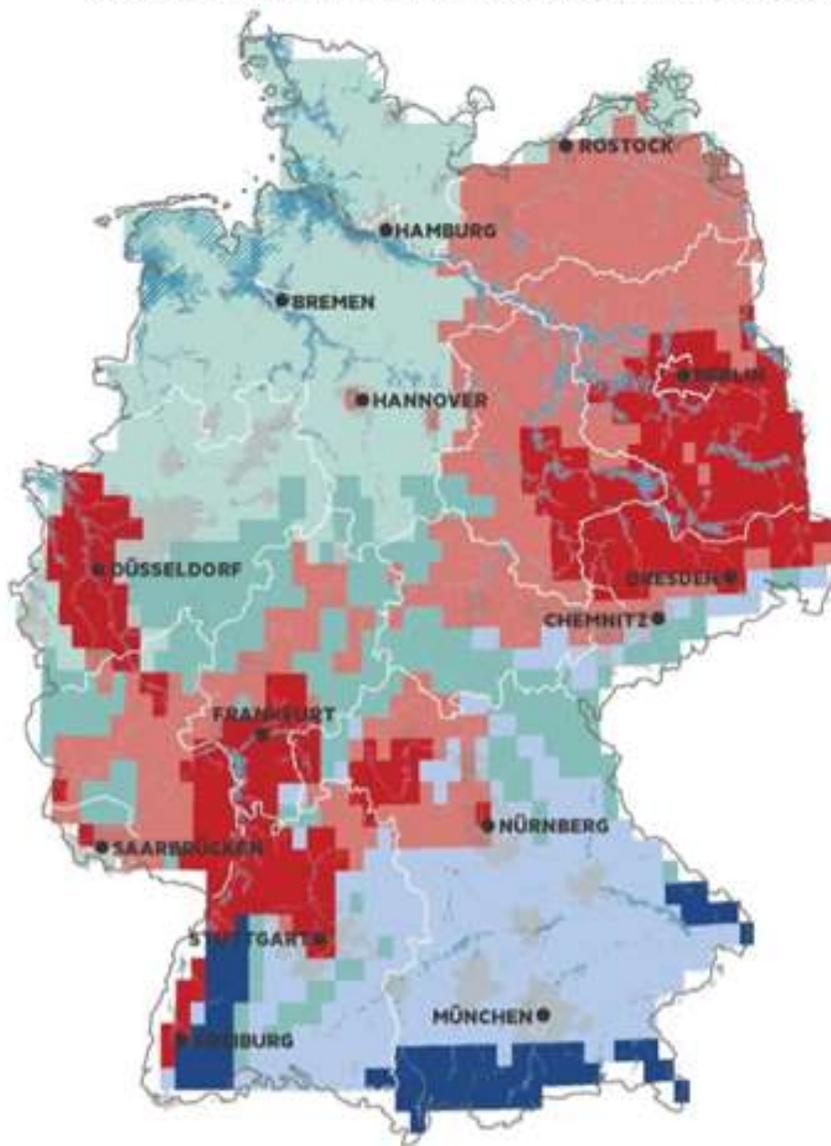
1A: Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien



Auswirkungen der Erderhitzung auf D

Auswirkungen ab 2021 bis 2050

(Das Modell setzt schwachen Wandel mit einem Temperaturanstieg von 1 bis 2,5 Grad Celsius voraus.)*



- Regionen mit kühlerem Klima**
 - Anstieg der Winterniederschläge
 - größere Schäden durch Flusshochwasser
 - Regionen mit Mittelgebirgsklima**
 - Sommerniederschläge sinken
 - mehr Winterniederschläge
 - sinkende Schneesicherheit
 - Regionen mit trockenerem Klima**
 - Trend zu höheren Sommer- und Wintertemperaturen
 - Zunahme von heißen Tagen (über 30 Grad) und Tropennächten (nicht weniger als 20 Grad)
 - Einschränkungen bei den Wasserressourcen
 - Regionen mit warmem Klima**
 - starker Anstieg von heißen Tagen und Tropennächten, vor allem in den Verdichtungsräumen
 - Regionen mit Gebirgsvorlandklima**
 - Zunahme der Sommertemperaturen und der heißen Tage
 - klimatisch relativ stabil
 - Regionen mit Gebirgsklima**
 - Zunahme von Starkregen und Winterniederschlägen
 - Abnahme der Sommerniederschläge
 - Zunahme der Gefahr durch Sturzfluten und Überschwemmungen
 - negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt
 - Überschwemmungsgefährdete Fläche durch Flusshochwasser
 - Überschwemmungsgefährdete Fläche durch Sturmfluten
 - Verdichtungsräume laut Ministerkonferenz für Raumordnung
- *im Vergleich zum Referenzzeitraum 1961 bis 1990

Zwischenfazit

- Das Saarland hinkt in Sachen Energiewende und Klimaschutz seit langem hinterher.
- Auch wenn die Wind- und PV-Potenziale hier nicht so üppig sind wie in anderen Bundesländern, fällt doch das insgesamt rudimentäre Interesse und die mangelhaften Anstrengungen in diesen Bereichen auf.
- Das wird sich sehr schnell und sehr weitreichend ändern müssen!

2. Der Druck nimmt zu: globale, europäische und nationale Weichenstellungen für die Klimapolitik

Markstein Pariser Klimaabkommen 2015

Der Weltklimavertrag von Paris - ein Meilenstein für den globalen Klimaschutz



United Nations
Framework Convention on
Climate Change



PARIS2015
UN CLIMATE CHANGE CONFERENCE
COP21-CMP11



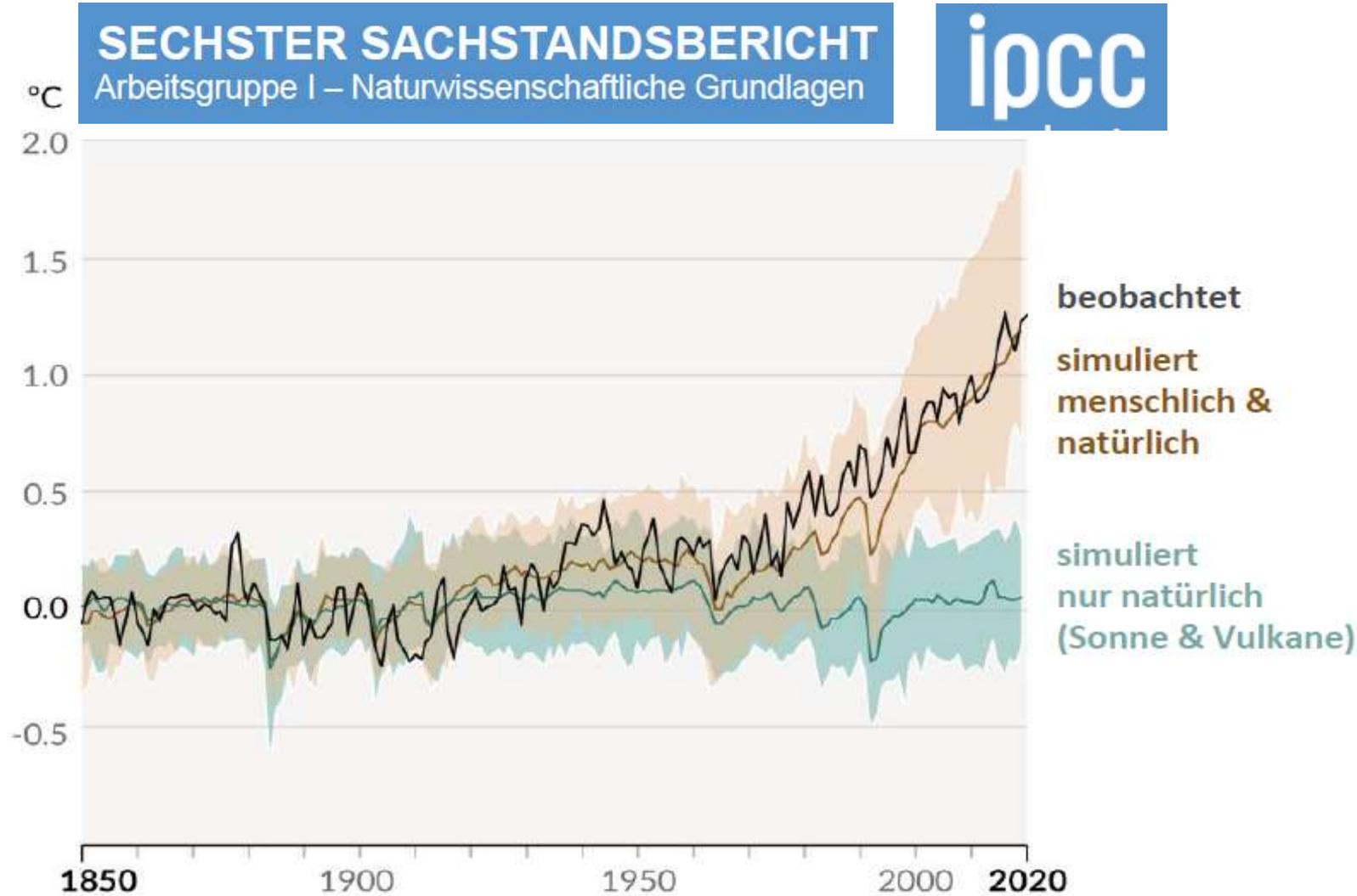
Quelle: UNFCCC

Rechtsverbindliches Abkommen mit universeller
Beteiligung von **195 Staaten + EU**

Ziele des Vertrages:

- Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich **unter 2 °C** über dem vorindustriellen Niveau, wenn möglich auf **1,5 °C**
- Stärkung der Fähigkeit, sich durch eine Förderung der Klimaresistenz und geringere Treibhausgasemissionen an die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.
- Stärkung der Finanzströme, die zu einem Weg mit niedrigen Treibhausgasemissionen und klimaresistenter Entwicklung führen.

Der Einfluss des Menschen hat das Klima in einer Geschwindigkeit erwärmt, die für die letzten 2000 Jahre beispiellos ist



b) Änderung der globalen Oberflächentemperatur (jährliche Mittel) aus **Beobachtungsdaten** und simuliert unter Berücksichtigung von **menschlichen & natürlichen** sowie **nur natürlichen** Faktoren (jeweils 1850-2020)

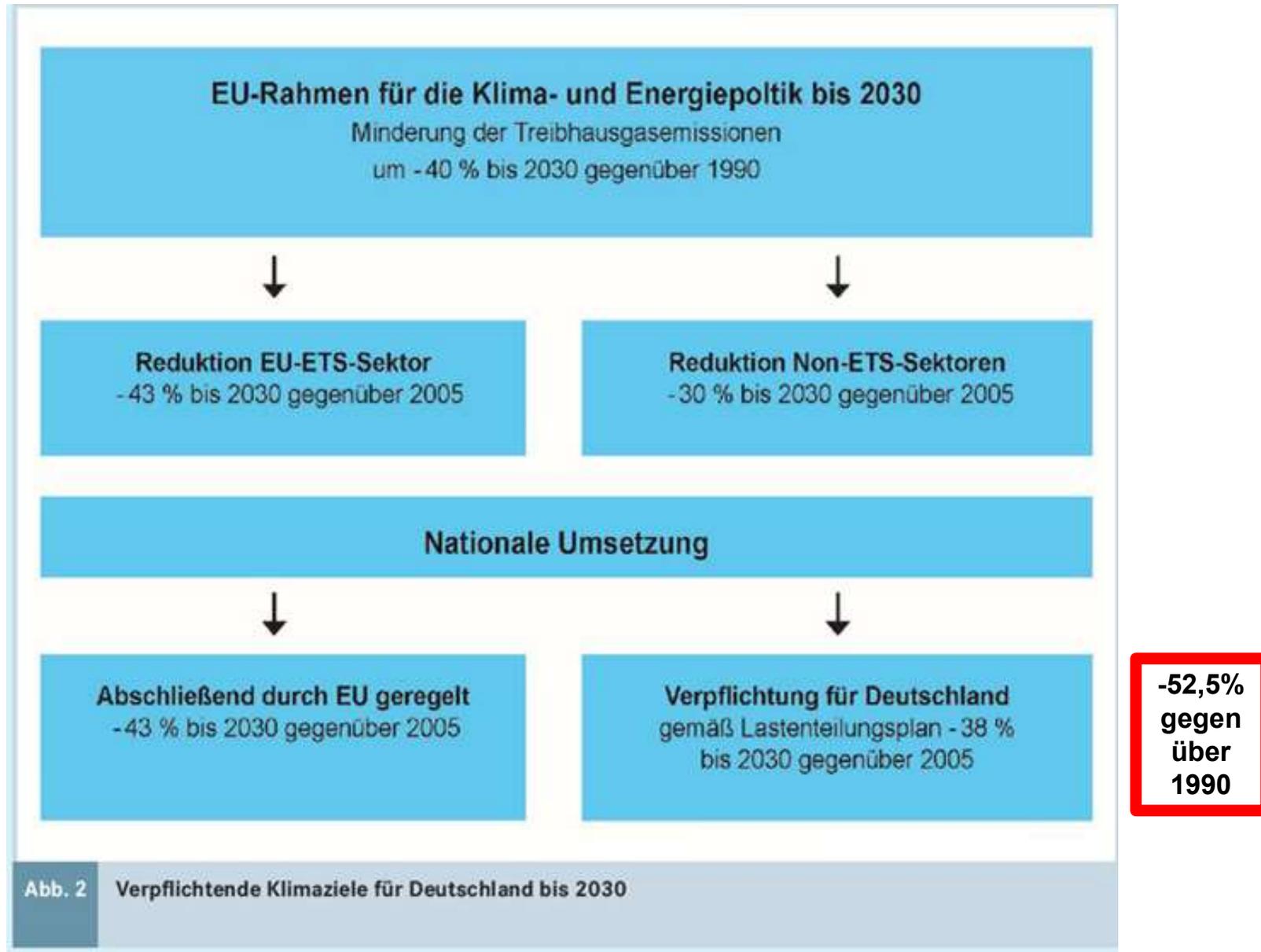
Fossile Brennstoffe müssen im Boden bleiben

Weniger als ein Viertel der nachgewiesenen Vorkommen fossiler Brennstoffe kann bis zum Jahr 2050 noch verbrannt werden, wenn die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius begrenzt werden soll. Das geht aus einer Studie des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) hervor, die in der April-Ausgabe des Wissenschaftsmagazins „Nature“ (2009) erschienen ist.



„Unburnable reserves“:
82-88% Kohle
33-35% Erdöl
49-52% Erdgas
(Betzüge/Peter 2016)

Verpflichtende Klimaziele für D



Green Deal / Fit for '55 Juli 2021

Umsetzung des europäischen Grünen Deals

Alle 27 EU-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Sie vereinbarten hierzu, die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

40 %

– neues Ziel für erneuerbare Energie
bis 2030

36–39 %

– neue Energieeinsparziele für den
Endenergie- und Primärenergieverbrauch
bis 2030

Senkung der
Emissionen von Pkw
bis 2030 um

55 %

Senkung der
Emissionen von Lkw
bis 2030 um

50 %

Emissionsfreie

Neuwagen bis 2035

Die Kommission schlägt vor:

- die Mitgliedstaaten dazu zu verpflichten, jährlich mindestens 3 % der Gesamtfläche aller öffentlichen Gebäude zu sanieren
- einen Richtwert von 49 % an erneuerbaren Energien in Gebäuden bis 2030 festzulegen
- von den Mitgliedstaaten zu verlangen, die Nutzung von erneuerbarer Energie zur Wärme- und Kälteerzeugung bis 2030 um jährlich 1,1 Prozentpunkte zu erhöhen

ken, 26. November 2021

Die Sektoralziele des Klimaschutzplans 2050

Handlungsfeld	1990	2015	2015	2020*		2030	2030	2030
	(in Mio. t CO ₂ -Äquiv.)	(in Mio. t CO ₂ -Äquiv.)	Änderung ggü. 1990 in %	(in Mio. t CO ₂ -Äquiv.)	Änderung ggü. 1990 in %	Ziel in Mio. t CO ₂ -Äquiv.	Änderung ggü. 1990 in %	Änderung ggü. 2020 in %
Energiewirtschaft	427,4	335,7	-21,5	212,4	-50,3	175-183	62-61	14-18
Feuerungsanlagen	220,3	130,6	-40,7	126,0	-42,8	70-72	67-66	43-44
Verkehr	164,9	163,0	-1,2	146,7	-11,0	95-98	42-40	33-35
Industrie	283,6	187,6	-33,9	178,1	-37,2	140-143	51-49	20-21
Landwirtschaft / Abfall / Abwasser	114,7	77,1	-32,8	69,3	-39,6	58-61	34-31	12-16
Diffuse Emissionen	37,7	10,4	-72,4	7,0	-81,4	5	87	29
Summe THG	1248,6	904,4	-27,6	739,5	-40,8	543-562	56-55	24-27

* vorläufige Schätzung

**Reduktionsziele bis 2030 gegenüber heute:
 Feuerungsanlagen: 56 Mio. t; Verkehr: 52 Mio. t; Industrie: 38 Mio. t;
 Energiewirtschaft: 37 Mio. t; Landwirtschaft: 11 Mio. t**

Sämtliche Sektoralziele müssen vor dem Hintergrund des grünen Deals der EU voraussichtlich angehoben werden!

Das Diktum des Bundesverfassungsgerichtes

29. April 2021, 15:45 Uhr Bundesverfassungsgericht

Süddeutsche Zeitung

Warum der Klimaschutz-Beschluss ein Sensationserfolg für die Kläger ist

Erstmals verpflichtet das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber dazu, beim Klimaschutz rechtzeitig Vorsorge zu treffen - und zwar auch für die Zeit nach 2030.

Deutschland soll früher klimaneutral werden

- Treibhausgasemissionen
 - Bis 2030: 65 % weniger CO₂ (bislang 55 %)
 - Bis 2040: 88 % weniger CO₂
 - 2045: Klimaneutralität (bislang 2050)
- Zulässige jährliche CO₂-Emissionsmengen für einzelne Sektoren wie Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr oder Gebäudebereich werden abgesenkt.



Koalitionsvertrag November 2021

Klimaschutzgesetz

Wir werden das Klimaschutzgesetz noch im Jahr 2022 konsequent weiterentwickeln und ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen. Wir werden Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe machen, indem das jeweils federführende Ressort seine Gesetzentwürfe auf ihre Klimawirkung und die Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzziele hin prüft und mit einer entsprechenden Begründung versieht (Klimacheck).

Auf dem Weg zur Klimaneutralität müssen alle Sektoren ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten. Wir wollen mit aller Kraft vermeiden, dass Deutschland aufgrund einer Nichterreicherung seiner Klimaziele EU-Emissionshandels-Zertifikate im Rahmen der EU-Lastenteilung kaufen muss, die den Bundeshaushalt belasten.

Wir werden ein Klimaschutzsofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen und Vorhaben bis Ende 2022 auf den Weg bringen und abschließen.

Wir richten unser Erneuerbaren-Ziel auf einen höheren Bruttostrombedarf von 680-750 TWh im Jahr 2030 aus. Davon sollen 80 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammen. Entsprechend beschleunigen wir den Netzausbau. Die jährlichen Ausschreibungsmengen passen wir dynamisch an.

Zwischenfazit

- Um das 1,5-2 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, müssten bis Mitte des Jahrhunderts die durch Verbrennung freigesetzten CO₂-Emissionen auf Null reduziert werden.
- Das bedeutet, dass maximal noch ein Viertel der vorhandenen fossilen Reserven (Kohle, Öl und Gas) verbrannt werden darf.
- Die EU versteht sich als Vorreiter für den Klimaschutz und möchte im Rahmen des Green Deal die Ziele für die Mitgliedstaaten weiter verschärfen.
- Die deutsche Klimaschutzpolitik steht vor erheblichen Anstrengungen nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.
- Bei Verfehlung der vorgegebenen EU-Minderungsziele wird sich auch der Finanzminister um die Klimapolitik kümmern müssen.

3. Klimaschutz ist keine Kür mehr, sondern Pflicht

Schwierige Ausgangsposition



Die Industrie des Landes kämpft

Der „harte Strukturwandel“, von dem die Landesregierung spricht, greift längst die Substanz der saarländischen Industrie an. Diese ist nach wie vor der Kern der Saar-Wirtschaft, es wird recht gut verdient, auch zahlreiche Jobs im Dienstleistungsbereich hängen von ihr ab. Umso bedrohlicher sind die Entwicklungen, denen sich die Automobilindustrie (47 000 Arbeitsplätze) und die Stahlindustrie (13 000 Arbeitsplätze) gegenübersehen. Seit 2018 häufen sich die Hiobs-Botschaften.

Die Automobilindustrie im Saarland, die zu einem großen Teil an der Verbrenner-Technik hängt, die nach dem Willen großer Teile der Politik ein Auslaufmodell sein soll, steht wegen des Ausbaus der Elektromobilität unter Druck. Niemand weiß, wie es nach 2024 mit dem Ford-Werk in Saarlouis weitergeht. Eine Schließung wäre für das Land ein Albtraum. Die Stahlindustrie leidet unter Billigstahl aus Fernost und als großer CO₂-Emittent zudem unter den Klimaschutzvorgaben der EU. Damit sie überleben kann, muss sie auf grünen Wasserstoff umgerüstet werden. Dafür sind Milliarden notwendig und Unmengen an elektrischem Strom.

Nicht nur die ökologische Transformation bedroht im Saarland Jobs, auch die Digitalisierung. Weil es hier viele Arbeitsplätze in Fertigungsberufen gibt, ist der Anteil der Arbeitsplätze, die mittel- bis langfristig durch einen Computer ersetzt werden könnte, sehr hoch (30 Prozent). Künstliche Intelligenz und Cyber-Sicherheit, Hoffnungsschimmer für den Strukturwandel, sollen das Saarland retten. Doch nicht jeder taugt zum Informatiker.

Saarbrücker Zeitung

SA/SO, 17./18. OKTOBER 2020



Der Mut zu Reformen fehlt

Im Saarland fehlt es nicht an der Einsicht, dass sich grundlegende Dinge ändern müssen. Es gibt dazu kluge Gutachten und Papiere von Experten aus der Wissenschaft und dem politischen Betrieb. „Eigentlich müsste man ...“ – so beginnen viele Gespräche mit Verantwortlichen, denen die Unzulänglichkeiten des eigenen Landes sehr wohl bewusst sind. Eigentlich müsste man zum Beispiel mal die Verwaltungsstrukturen im Saarland durchbürsten. Niemand käme vor dem Hintergrund der besorgniserregenden demografischen Entwicklung und der Finanznöte wohl auf die Idee zu behaupten, dass sie optimal sind. Doch aus der vor Jahren angekündigten kommunalen Funktionalreform wurde nie etwas, die Pläne verschwanden in der Schublade. Man hätte dazu Beschlüsse fassen müssen, die dem einen oder anderen wehtun. Und das will im Land der „Harmonie der nicht ausgetragenen Widersprüche“ (Ludwig Harig) niemand.

Stattdessen wird immer jene Lösung gesucht, mit dem der größtmögliche Konsens zu erreichen ist. Dieser „saarländische Weg“ macht sich nicht nur bei Entscheidungsprozessen bemerkbar, sondern auch in der Personalpolitik: Wo beide Regierungsparteien über Top-Posten eingebunden sind, gibt es keine Querschüsse und unangenehme Überraschungen.

Kurze Wege haben ihre Vorteile, sie können mitunter aber auch zu kurz sein. Gerd-Rainer Damm, der im Umwelt- und Innenministerium Jahrzehnte für die Landesplanung zuständig war, formulierte einmal: „Die Nähe zwischen Regierenden und Regierten führt zur Unregierbarkeit.“



Gründe, warum wir uns um das Saarland sorgen müssen

Technologische Disruptionen auf der Agenda

Beschäftigte in der Verbrennertechnologie

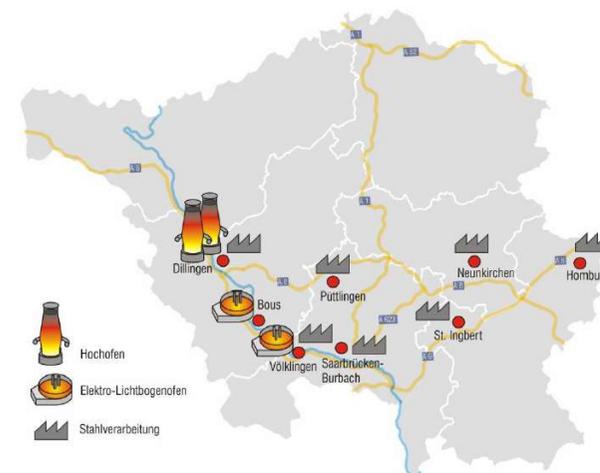
Anteil an den Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, dargestellt in den Gebieten der 155 IG-Metall-Geschäftsstellen 2019, in Prozent



Existenz des Saarlandes steht auf dem Spiel

Auch die politisch Verantwortlichen im Land hadern mit der von Ford verordneten Geduldprobe. Denn nicht weniger als die Existenz des Saarlandes steht auf dem Spiel, sollte es nicht gelingen, die Industrie des Landes, allen voran die Sektoren Stahl und Automobil, umzurüsten, sie ökologisch und digital zukunftsfähig zu machen. Wirtschaftsstaatssekretär Jürgen Barke, SPD: „43.000 Arbeitsplätze hängen am Automobil in diesem Land. Im Verbund von 260 Unternehmen in der Region erwirtschaftet der Automobilsektor rund die Hälfte der Wirtschaftsleistung dieses Landes.“

Abbildung 4: Stahlerzeugung und Weiterverarbeitung im Saarland



Grafik: ISOPLAN-MARKTFORSCHUNG, Quelle: Unternehmensangaben

Leprich, Saarbrücken, 26. November 2021

Ausblick

- Kern der künftigen Klimapolitik im Saarland ist es, die rasche und umfassende Verminderung der Treibhausgasemissionen zur Chefsache zu machen.
- Die Weichen für die beiden Schlüsselbereiche Stahl und Verbrennungsmotor werden nicht im Saarland gestellt; gleichwohl muss das Saarland hier begleitend wirken und für ein Höchstmaß an Transparenz sorgen.
- Die drei Hauptbereiche, wo das Saarland selbst die Weichen stellen kann und muss, sind der Ausbau der erneuerbaren Energien, der flächendeckende Ersatz von Öl- und Gasheizungen und die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs.
- Ohne eine rasche und vorbildliche „grüne“ Transformation des Saarlandes als „Testland“ der kurzen Wege wird es schwer werden, eine Eigenständigkeit des Bundeslandes zu begründen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Uwe Leprich
Mobil: 0173-6660910
Mail: uwe.leprich@posteo.de

Leprich, Saarbrücken, 26. November 2021